

Geschäftsführung:
Fachdienst Finanzen, Steuern und Beteiligungen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 19.03.2026

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Oliver Fröhling CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Michael Dregger	CDU	
Ratsherr Otto Ersching	Die Linke	Vertretung für Herrn Filippek
Ratsherr Jamel Hellwig	SPD	
Ratsherr Holger Kluin	SPD	
Ratsherr Thomas Kruber	SPD	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	Vertretung für Ratsherrn Karich
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfD	Vertretung für Ratsherrn Staubach
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	
Ratsherr Tobias Weigt	AfD	ab 17:19 Uhr
Herr Gülpasa Erdogan	CDU	Vertretung für Ratsherrn Weiland
Herrn Sören Miossec	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Oliver Neuhoff	AfD	
Herr Rüdiger Rump	CDU	
Herr Volker Schmidt	SPD	
Herr Phil Weiland	CDU	Vertretung für Herrn Maracic
Herr Florian Wüllner	FDP	

Gäste:

Herr Holger Moeser bis 17:51 Uhr

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Frau Sabrina Bräucker bis 18:20 Uhr
Frau Martina Pabst
Frau Sabine Weichler

Schriftführung:

Herr Benjamin Luschnat
Stephanie Plaßmann

Abwesend:

Vorsitz:

Erster Stellvertretender Bürgermeister Christoph Weiland
CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Lucas Karich	CDU
Ratsherr Thomas Staubach	AfD
Herr Josef Filippek	Die Linke
Herr Mario Maracic	CDU

Beratende Mitglieder Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Frau Fabiola Ferber Liste der SPD	Internationale
--------------------------------------	----------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:51 Uhr

Der stellvertretende Vorsitzende, Ratsherr Fröhling, eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (FIA), zu der form- und fristgerecht mit Schreiben vom 05.03.2026 eingeladen wurde.

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor. Auch mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Ausschussvorsitzender Fröhling erläutert, dass der aktuelle Stand der laufenden Aufträge und Anfragen an die Verwaltung aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt ersichtlich ist. Die ansonsten enthaltenen Anträge, Anfragen und Aufträge, zu denen teils in vergangenen Sitzungen bereits Zwischenstände präsentiert wurden, befinden sich aktuell noch in der Bearbeitung.

3. Vorstellung der MGR GmbH (Bericht der Geschäftsführung)

Ausschussvorsitzender Fröhling begrüßt Herrn Moeser, Geschäftsführer der MGR GmbH, und erteilt ihm das Wort.

Herr Moeser stellt den Ausschussmitgliedern mit Hilfe einer Präsentation Informationen zu vorhandenen Gewerbeflächen im Märkischen Kreis und speziell in Lüdenscheid, die Finanzsituation der MGR GmbH und den Stand zum Straßenendausbau im interkommunalen Gewerbegebiet Rosmart vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Schmidt ergänzt Herr Moeser, dass bei einem Interessenten für eine Gewerbefläche 30 neue Arbeitsplätze geschaffen würden, sofern eine Ansiedlung im Gewerbepark Rosmart erfolgt.

Ratsmitglied Ersching fragt nach, wie sich die Vermarktung der noch freien Flächen auf das Angebot an Arbeitsplätzen auswirkt. Des Weiteren stellt er die Frage, ob der seinerzeitige Verkauf der Flächen an den Kletterpark und das Logistikzentrum der DHL im Nachhinein nicht besser an produzierendes Gewerbe hätte erfolgen sollen. Herr Moeser antwortet, dass der Verlust an Arbeitsplätzen nicht ausschließlich auf mangelnde Gewerbeflächen zurückzuführen ist. Das Vorhalten ausreichender Gewerbeflächen ist auch ein maßgebliches Argument gegenüber Verkäufern potentieller weiterer Gewerbeflächen mit Blick auf den zu zahlenden Preis.

Zum Kletterpark antwortet Herr Moeser, dass solche Sportanlagen aufgrund der Lärmentwicklung z.B. durch An- und Abfahrten der Besucher nicht in Wohngebieten betrieben werden dürfen. Neben dem sportlichen Angebot für die Bürger*innen der Stadt Lüdenscheid erfüllt der Kletterpark auch noch einen touristischen Nutzen.

Ausschussvorsitzender Fröhling ergänzt, dass ein Zusammenhang zwischen verfügbaren Gewerbeflächen und Arbeitsplätzen erkennbar ist. Die Flächenentwicklung mitunter jedoch mehrere Jahre bis Jahrzehnte dauern kann. Erschwerend kommt hinzu, dass nicht jede vorhandene Fläche den individuellen Bedarf abdeckt.

Zum Hinweis von Herrn Erdogan zur Abdeckung des Gewerbegebiets Rosmart mit schnellem Internet (Glasfaser) und Mobilfunknetz teilt Herr Moeser mit, dass im gesamten Gewerbegebiet Glasfaserleitungen bereits verlegt sind. Zur Abdeckung des Mobilfunknetzes sind in der Vergangenheit bereits Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern geführt worden. Hierzu gibt es Überlegungen, einen Mobilfunkmast auf dem Gelände der Fa. Gerhardi zu errichten, um eine gute Mobilfunkversorgung zu erreichen. Alle übrigen Flächen kommen aufgrund der Lage und der Topographie nicht in Frage.

Ratsmitglied Oettinghaus fragt nach den Gründen der fehlenden Verkaufsabsicht für das brachliegende Gelände des ehemaligen Gartencenter Cordt. Herr Moeser antwortet, dass die angesprochene Fläche und die dahinerliegenden Nachbarflächen zwar attraktive Bereiche für eine Entwicklung sind, sich diese aber in Privatbesitz befinden würden. Seiner Einschätzung nach ist die Fa. Cordt jedoch nicht auf Verkaufserlöse angewiesen. Zu den weiteren Details kann die Stadtplanung nähere Auskunft erteilen.

Ausschussvorsitzender Fröhling bedankt sich bei Herrn Moeser für die Ausführungen und die Beantwortung der Fragen.

4. Berichterstattung Stabsstelle Fördermanagement für das Jahr 2025 Vorlage: 074/2026

Ausschussvorsitzender Fröhling erteilt Ratsmitglied Dregger das Wort.

Ratsmitglied Dregger fragt an, wie viele Fördergelder die Stadt Lüdenscheid insgesamt zurückzahlen musste und in welchen Fällen Förderung beantragt, aber vom Fördermittelgeber abgelehnt wurde.

Frau Bräucker antwortet, dass die Rückforderungsquoten sehr gering sind. Eine Auflistung abgelehnter Anträge wird beim nächsten Bericht ergänzt.

Die Nachfrage von Herr Weigt zu niedrigen Förderquoten bei verschiedenen Straßenbaumaßnahmen begründet Frau Bräucker damit, dass zur Förderung noch Erschließungsbeiträge der Anlieger hinzukommen. Dementsprechend liegt die tatsächliche Förderung in diesen Fällen höher als in der Anlage zum Bericht aufgeführt.

Auf Nachfrage von Herrn Weigt erläutert Frau Bräucker, dass die bei der Stabsstelle Fördermanagement eingesetzte Software u.a. auch beim Märkischen Kreis eingesetzt wird. Die Stadt Lüdenscheid ist Mitglied in einem Arbeitskreis von Kommunen, die diese Software ebenfalls einsetzen. In diesem Jahr soll zudem auf die Professional Version umgestellt werden.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**5. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2027, Feuer- und Rettungswache
Vorlage: 047/2026**

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2027 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

Notfallsanitäter*innen	7 Plätze
Brandmeisteranwärter*innen	6 Plätze

**6. Bericht über die Neuausrichtung der kommunalen IT-Dienstleister in NRW und den Transformationsprozess der Südwestfalen-IT (SIT)
Vorlage: 053/2026**

Auf die Nachfrage von Herrn Schmidt zur beabsichtigten Konzentration von Rechenzentren durch das Land NRW und den Auswirkungen auf die Entwicklung der SIT antwortet Beigeordneter Kessler, dass beide Prozesse parallel laufen. Das Land NRW begleitet den Prozess und kann steuernd durch Geldmittel und gesetzliche Grundlagen auf die Entwicklungen der Rechenzentren einwirken. Mit Blick auf den Landesprozess und seine Entwicklungen ist es aus Sicht des Rechenzentrums empfehlenswert, die Neuausrichtung aktiv mitzugestalten.

Ratsmitglied Weigt fragt, ob durch die Neuausrichtung die IT-Sicherheit verbessert wird. Beigeordneter Kessler antwortet, dass dies eines der Ziele ist.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Sachstand zur Grundsteuer B - differenzierende Hebesätze

Ausschussvorsitzender Fröhling erteilt Stadtkämmerer Haarhaus das Wort.

Stadtkämmerer Haarhaus erklärt den Ausschussmitgliedern den bisherigen Verlauf der Reform zur Grundsteuer B. Dabei erläutert er insbesondere die seitens des Landesgesetzgebers geschaffene Möglichkeit zur Differenzierung der Grundsteuer B zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken. Die Stadt Lüdenscheid hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und für 2025 eine entsprechende Hebesatzsatzung erlassen. Aufgrund eines Urteils des VG Gelsenkirchen, welches in einem dortigen Verfahren die Differenzierung der Hebesätze für rechtswidrig erklärt hat, wurden in Lüdenscheid die Grundsteuerbescheide für 2026 noch nicht versandt. Das Urteil des VG Düsseldorf liegt seit letzter Woche vor und kommt im Ergebnis zum Schluss, dass eine Differenzierung der Hebesätze grundsätzlich möglich ist. Allerdings hält das VG Düsseldorf das Ausmaß der Differenzierung zwischen Wohn- und Nichtwohngrundstücken für nicht rechtmäßig und hat in der Folge die dortigen Hebesätze für teilnichtig erklärt.

Das OVG Münster hat eine Entscheidung noch in 2026 angekündigt. Da jedoch frühestens in der zweiten Jahreshälfte mit einem Urteil zu rechnen sei, sei dies zu spät, um darauf zu warten. Für die Erhebung der Grundsteuern des Jahres 2026, müsse nach den Vorgaben des Grundsteuergesetzes zwingend bis zum 30.06.2026 eine Entscheidung getroffen werden. Der Städtetag empfiehlt eindeutig, bis zu einer abschließenden Klärung einheitliche Hebesätze für die Grundsteuer B zu erlassen.

Für die nächste Ratssitzung am 20.04.2026 wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage vorbereiten.

Ratsmitglied Ersching fragt, ob die Einführung der Grundsteuer C zur Reduzierung der Grundsteuerhebesätze B eine Möglichkeit wäre. Daraufhin antwortet Stadtkämmerer Haarhaus, dass die Grundsteuer C voraussetzt, dass die Stadt Lüdenscheid zunächst Grundstücke identifiziert, die grundsätzlich bebaubar sind, aber aktuell nicht bebaut sind. Der Hebesatz für diese Grundstücke müsste in der Folge deutlich höher sein als das heute der Fall ist. Wenn ein einheitlicher Hebesatz in Höhe des Hebesatzes für Wohngrundstücke zugrunde gelegt würde, läge der Einnahmeausfall bei rd. 4,0 Mio. €. Dieser Minderertrag müsste durch die Grundsteuer C kompensiert werden. Das ist kaum darstellbar, weil nur eine kleine Anzahl an Grundstücken mit der Grundsteuer C beschieden würde und dementsprechend hohe Hebesätze zu erlassen wären.

Ausschussvorsitzender Fröhling fragt, ob auch Brachflächen von einer Grundsteuer C erfasst sind. Stadtkämmerer Haarhaus erklärt, dass unbebaute Grundstücke gemeint sind. Brachflächen dürften jedoch zu den bereits bebauten Flächen zählen und damit nach seinem Verständnis nicht davon betroffen sein.

8. Entwicklung der städtischen Liquidität und Geldanlagen
Vorlage: 066/2026

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**9. Entwicklung der städtischen Kreditverbindlichkeiten
Vorlage: 067/2026**

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**10. Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage - Schwerpunkt Ausblick
Haushalt 2026/2027 und Haushaltssicherungskonzept**

Ausschussvorsitzender Fröhling erteilt Stadtkämmerer Haarhaus das Wort.

Stadtkämmerer Haarhaus erklärt, dass der Doppelhaushalt 2026/2027 inklusive Haushaltssicherungskonzept in der nächsten Ratssitzung am 20.04.2026 wie geplant eingebracht wird. Der Märkische Kreis hatte zwischenzeitlich über Veränderungen im Kreishaushalt nachgedacht, die zu einer deutlichen Mehrbelastung der Haushalte der kreisangehörigen Kommunen geführt hätten. Aus den letzten Änderungslisten zum Kreishaushalt ist jedoch erkennbar, dass die Mehrbelastung nicht so hoch ausfällt, wie ursprünglich befürchtet wurde. Dennoch liegt die Mehrbelastung durch die Allgemeine Kreisumlage höher als in der bisherigen Planung angenommen und bedeutet im Vergleich zum bisherigen Umfang eine deutliche Mehrbelastung.

Ratsherr Weigt fragt nach den Auswirkungen der Ganztagsbetreuung an Schulen auf den städtischen Haushalt. Stadtkämmerer Haarhaus antwortet, dass hierzu notwendige Investitionen baulicher Art zählen und auch die Sicherstellung des Betriebs Kosten verursacht. Eine vollumfängliche Erstattung der Kosten durch das Land NRW ist nicht gegeben. In den aktuellen Planzahlen ist der derzeit bekannte und abbildbare Umfang der finanziellen Belastung für den städtischen Haushalt enthalten.

**11. Freigabe von investiven Mittel des Haushaltsjahres 2026 für die
Beschaffung von Schulmobiliar für die Otfried Preußler Grundschule
Vorlage: 068/2026**

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto R 03010101/0931003 Schulmobiliar Otfried Preußler Schule wird der Freigabe zur Beschaffung des Schulmobiliars für zwei weitere Klassen in Höhe von 40.000 € zugestimmt.

**12. Freigabe von Investiven Mitteln des Haushaltsjahres 2026 für die Beschaffung eines Einsatzleitwagens für den Löschzug Stadtmitte
Vorlage: 072/2026**

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto Q 02040502/7831000 - Besch. ELW 1,5 LZ Stadtmitte – wird der Freigabe der zusätzlich bereitzustellenden Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 € zugestimmt.

**13. Umstrukturierung der Beteiligungsverwaltung hier: aktueller Stand
Vorlage: 021/2026**

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**14. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid im Aufsichtsrat der EGC GmbH und im Verwaltungsrat der STL GmbH
Vorlage: 022/2026**

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Als ordentliches Mitglied für Herrn Frank Kuscmirtz wird für die verbleibende Wahlperiode des Rates ab 01.08.2026 in den Aufsichtsrat der EGC GmbH Herr Dominik Petereit bestellt.
- 2) Als Stellvertreter von Bürgermeister Sebastian Wagemeyer wird für Herrn Frank Kuscmirtz für die verbleibende Wahlperiode des Rates ab 01.08.2026 in den Verwaltungsrat der STL GmbH Herr Dominik Petereit gewählt.

15. Jugendfreizeitstätte Audrey's - Abwicklung der Versicherungsleistungen

Ausschussvorsitzender Fröhling erteilt Herrn Wüllner das Wort.

Herr Wüllner fragt, ob schon abschätzbar ist, wie sich die Baukosten darstellen und wie etwaige Mehrkosten behandelt werden. Stadtkämmerer Haarhaus erklärt, dass der Bau durch den CVJM umgesetzt wird. Für die weitere Bauabwicklung benötigt der Verein die Zustimmung der Stadt Lüdenscheid. Für die Ratssitzung am 20.04.2026 wird es eine nichtöffentliche Beschlussvorlage geben.

Der Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

16. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

16.1. Bekanntgaben

16.1.1. Schriftliche Bekanntgabe zur Sozialstaatsreform

Ausschussvorsitzender Fröhling erklärt, dass die schriftliche Bekanntgabe im Nachgang zur Einladung in das Ratsinformationssystem eingestellt und an die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, über den Postweg zugegangen ist.

16.1.2. Schriftliche Bekanntgabe zum Projektstand zur Einrichtung der Zentralen Elternbeitragsstelle

Ausschussvorsitzender Fröhling erklärt, dass die schriftliche Bekanntgabe im Nachgang zur Einladung in das Ratsinformationssystem eingestellt und an die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, über den Postweg zugegangen ist.

16.1.3. Schriftliche Bekanntgabe der Kostenschätzungen für die Instandsetzung der Sporthallendächer Hauptschule Stadtpark, Zeppelin-Gymnasium und Grundschule Tinsberg

Ausschussvorsitzender Fröhling erklärt, dass die schriftliche Bekanntgabe im Nachgang zur Einladung in das Ratsinformationssystem eingestellt und an die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, als Tischvorlage verteilt worden ist.

Ausschussvorsitzender Fröhling erteilt Stadtkämmerer Haarhaus das Wort. Dieser erklärt, dass die nicht unerheblichen Summen dem Finanzausschuss vorab zur Kenntnis gegeben werden, weil hieraus kurzfristig Aufträge erteilt werden sollen. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind die in den Kostenschätzungen enthaltenen Beträge als Haushaltsansätze veranschlagt worden.

16.2. Beantwortung von Anfragen und Anfragen

16.2.1. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der AfD-Fraktion vom 03.03.2026 zum Bundesprogramm "Demokratie leben" des BMBFSFJ

Ausschussvorsitzender Fröhling teilt mit, dass die Beantwortung der schriftlichen Anfrage am 05.03.2025 in das Ratsinformationssystem eingestellt, sowie in Papierform an die Ausschussmitglieder verschickt worden sind, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen.

16.2.2. Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.03.2026; Mitgliedschaft in kommunalen Einkaufs- und Beratungsverbänden

Ausschussvorsitzender Fröhling teilt mit, dass die Anfrage in das Ratsinformationssystem eingestellt und zusätzlich an die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit

teilnehmen, per Post verschickt worden sind. Weiterhin führt er aus, dass die Beantwortung erst in der nächsten Sitzung erfolgen könne.

16.2.3. Schriftliche Anfrage der AfD-Fraktion zur Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder während der Schulferien

Ausschussvorsitzender Fröhling teilt mit, dass die Anfrage in das Ratsinformationssystem eingestellt und zusätzlich an die Ausschussmitglieder, die nicht an der digitalen Ratsarbeit teilnehmen, per Post verschickt worden sei. Weiterhin führt er aus, dass die Beantwortung erst in der nächsten Sitzung erfolgen könne.

Mündliche Anfragen werden nicht gestellt.

Ausschussvorsitzender Fröhling bedankt sich für die Teilnahme und die Aufmerksamkeit und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Fröhling

Oliver Fröhling
Vorsitzender

gez. Luschnat

Benjamin Luschnat
Protokollführer